



FAIRER KRANKENHAUSPAKT FÜR DAS LAND BREMEN

CDU stellt 5-Punkte-Plan auf

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen steht für die konsequente Umsetzung des beschlossenen Krankenhausrahmenplans, nur so kann die Strukturreform der Kliniklandschaft gelingen.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion bietet einen fairen Krankenhauspakt für das Land Bremen und für die bestmögliche medizinische Versorgung der Menschen an und stellt hierzu 5 Forderungspunkte auf:

- 1.** Wir fordern die Rücknahme der Senatsbeschlüsse vom 26. September 2023. Die Beschlüsse zum Umzug des Klinikums Links der Weser (LdW) sowie zu weiteren Entscheidungen der kommunalen Kliniken einschließlich der in Aussicht gestellten Investitionsbedarfe in Höhe von bis zu 733 Millionen Euro sind nichtig.
- 2.** Wir fordern die Aufhebung der Personalunion von Aufsichtsratsvorsitz der kommunalen Krankenhausgesellschaft Gesundheit Nord (GeNo) und Ressortleitung. Der Senat besetzt den Aufsichtsratsvorsitz der GeNo nicht mehr mit der oder dem Gesundheitssenator/in. Hierdurch wird die bestehende Interessenkollision des Amtsinhabers/der Amtsinhaberin beseitigt. Den Aufsichtsratsvorsitz übernimmt eine fachlich versierte Person mit Erfahrung im Krankenhauswesen.
- 3.** Wir fordern eine unabhängige Begleitung der Strukturgespräche durch die Gesundheitsbehörde. Die Gesundheitssenatorin begleitet die Strukturgespräche der Krankenhausplanung unabhängig von Trägerschaften. Die Struktur- und Qualitätsvorgaben der einstimmig verabschiedeten Krankenhausrahmenplanung sind streng einzuhalten. Die bestmögliche medizinische Versorgung der Menschen im Land Bremen steht ausdrücklich im Mittelpunkt, nicht der Erhalt von Trägerstrukturen.

Auch das Antizipieren der Krankenhausreform auf Bundesebene spielt dabei eine Rolle, einschließlich der in den dafür beschlossenen Eckpunkten vorgesehenen trägerübergreifenden Kooperationen/Verbünde.

- 4.** Wir fordern die Neuordnung der Krankenhauslandschaft. Die Krankenhauslandschaft wird sich bei der Einhaltung der bestehenden Regelwerke und unter Berücksichtigung der Umsetzung der Krankenhausreform neu ordnen. Für etwaige neue Trägerschaften, Verbundlösungen, Hinzuziehung von Strategischen Partnern und Investoren darf es keine Tabus geben. Vielmehr müssen Krankenhausträger und Politik, die Hanseatisch Bremische

20. März 2024

Krankenhausgesellschaft und der Senat mit der Gesundheitsministerin die Herausforderungen einer gestaltenden Krankenhauspolitik gemeinsam annehmen.

- 5.** Wir fordern eine Neubewertung der Investitionsbedarfe aller Kliniken. Die erforderlichen Landes-Investitionsmittel sind bedarfsgerecht in den Landeshaushalt einzustellen.

Hintergrund

Im März 2023 wurde der Krankenhausrahmenplan 2022-2024 für das Land Bremen unter ausdrücklicher Würdigung und mit den Stimmen der CDU-Bürgerschaftsfraktion beschlossen. Hierin sind folgende wesentliche Eckpunkte festgeschrieben, zu denen wir uns nachdrücklich weiterhin bekennen:

- bedarfsgerechte Festsetzung der Behandlungskapazitäten
- bedarfsangemessene Flexibilisierung der Kapazitätsnutzung
- Konzentration komplexer Leistungen
- Bildung von Schwerpunkten
- Sicherstellung wohnortnaher Basisversorgung
- leistungsspezifische Ausgestaltung der Versorgungsaufträge
- Intensivierung der Zusammenarbeit
- Stärkung von Kooperationen
- Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser

Das gesetzliche Regelwerk sieht vor, dass nach Verabschiedung des Rahmenplans die Leistungserbringer (Krankenhäuser) in sogenannte Strukturgespräche mit den Kostenträgern (Krankenkassen) eintreten. Mit Blick auf die Versorgungsbedarfe, auf die aktuellen Versorgungsaufträge und mit Blick auf die (neuen) Rahmenbedingungen wird nun entsprechend verhandelt.

Sollte es keine Einigung zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern geben, obliegt der Landesgesundheitsbehörde das sogenannte Letztentscheidungsrecht bei der Zuweisung der Versorgungsaufträge.

Anstelle fairer und lösungsorientierter Strukturgespräche aller Krankenhäuser und deren unabhängige Begleitung der Behörde fand nur zwei Tage nach der Bürgerschaftswahl im Mai 2023 eine 'GENO FIRST-Politik' ihre Fortsetzung - politisch vorangetrieben durch eine linke Gesundheitsministerin, die zugleich als Aufsichtsratsvorsitzende der GeNo eben nicht unabhängig und neutral agiert.

20. März 2024

Die Top-Down-Verkündung der Schließung des Klinikums Links der Weser und mithin eines der bundesweit renommiertesten Herzzentren steht für diesen verfehlten Kurs des Bremer Senats.

Die Kosten der Verlagerung von medizinischen Fachdisziplinen vom LdW in das Klinikum Bremen Mitte sind bis dato nicht seriös kalkuliert; die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den Stadtteilen links der Weser perspektivisch unklar. Das geht klar an den Vorgaben des Krankenhausrahmenplans vorbei. Zudem sehen Investitionsentscheidungen des Senats vom September 2023 eine deutliche Bevorteilung der GeNo gegenüber allen anderen Kliniken des Landes vor.

Die kalte Krankenhausstrukturreform ist mit der Schließung von AMEOS Klinikum Mitte in Bremerhaven nunmehr auch in unserem Bundesland angekommen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert darum und insbesondere vor dem Hintergrund einer stockenden Bundes-Krankenhausreform sowie mit Blick auf eine quantitativ und qualitativ gute stationäre medizinische Versorgung den "Neustart" in der Bremischen Landeskrankenhauspolitik: Stopp Schließung LdW! Stopp Verlagerung des Herzzentrum nach Bremen Mitte! Stopp der 'GENO-FIRST-Politik'!